

Violence au parlement

Cette semaine, une session spéciale avec les interpellations centrées sur l'éducation était prévue au parlement. Résultat du marathon: cinq débats liquidés en une journée, un record pour la nouvelle culture de discussions concises à la Chambre. Les cinq interpellations en bref: du café réchauffé sur les structures d'accueil par M. di Bartolomeo, 120 minutes de discours académique "ex cathedra" et 27 motions de M. Garcia, une analyse bien ficelée du préparatoire par M. Zanussi et, comme dessert: une intervention incroyablement populiste et sinistre du Dr. Colombera sur la violence à l'école. Heureusement que la télé n'était pas présente présente, elle aurait aimé les diffamations anonymes du généraliste de l'ADR sur les élèves violents aux casquettes noires, les profs ivres et les rackets guettant les élèves à tous les coins,... et sur le machisme importé de Turquie et les pays du Sud et enfin sur les femmes, dont l'activité professionnelle mène les enfants au bord du goufre de la violence. Les condamnations unanimes des autres partis débouchèrent sur un brouhaha généralisé. Décidément, à droite de l'idéologie "Leitkultur" il y a encore de la place dans notre beau pays.

Abgeordnete fragen zuviel

Wer nicht fragt bleibt dumm und wer fragt bekommt eins auf den Deckel, zumindest von Minister François Biltgen. Dieser hat sich nämlich kürzlich beim Parlamentspräsidenten Jean Spautz beschwert, dass die 60 Luxemburger Abgeordneten zu viele parlamentarische Anfragen stellen. In der Session 1999/2000 seien insgesamt 701 schriftliche Fragen an die Regierung gegangen, das mache drei pro Arbeitstag. Am meisten leide Gesundheitsminister Carlo Wagner, dem allein der Abgeordnete Jean Colombera innerhalb von neun Monaten 29 Fragen stellte. Biltgen wies auf die Zeit hin, die die Beantwortung der Fragen koste, da einerseits oft mehrere Ministerien betroffen sind, andererseits die Abgeordneten Fragen mehrfach stellen. Die Abgeordneten sollten sich vorher im Kammerbüro informieren. Nicht zu Unrecht widersprach die LSAP mit dem Argument, dass häufig Fragen dreimal gestellt werden müssten, um zufriedenstellende Antworten zu bekommen. Gerade parlamentarische Anfragen sind eines der wichtigsten Instrumente des Luxemburger Parlamentes, die Regierung zu kontrollierten. Die LSAP verbittet sich jegliche Einmischung in Chamber-Angelegenheiten.

Handys, das neue Stressgefühl

In einer gerade fertiggestellten Studie im Auftrag des bayrischen Umweltministeriums wurde das Vieh von Bauernhöfen in Bayern und Hessen mit und ohne Mobilfunkbelastung untersucht. Demnach verhalten sich Tiere auf Höfen in der Nähe von Mobilfunkanlagen signifikant anders als Tiere auf Bauernhöfen ohne Strahlungseinfluss. Die Wissenschaftler stellten ein verändertes Weide-, Futter- und Liegeverhalten fest. Außerdem soll die Zahl der Missbildungen in der Nähe von Mobilfunkstationen erheblich höher sein als bei Rinderbeständen auf Höfen ohne Mobilfunkstrahlung. Die Ergebnisse, so die Wissenschaftler, weisen somit auf "Zusammenhänge zwischen Strahlenexposition und Verhalten hin". Sie vermuten, "dass die Strahlenwirkung einer chronischen Stressbelastung ähnelt." In diesem Zusammenhang lädt die Aktionsgruppe für Umwelttoxikologie, Akut asbl, zu einer Informationsveranstaltung ein. "Mobilfunk, Risiko für Mensch und Tier?" ist das Thema am Dienstag, den 21. November, um 20 Uhr im Cercle Municipal auf der Place d'Armes. Referent ist der Sprecher der Bürgerwelle e.V., Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektromog, Siegfried Zwerenz.

HOCHSCHULE

"Eine Uni bringt neuen Wind"

Seit 1998 studiert Adrien Thomas "Lettres modernes" an der "Sorbonne Nouvelle" in Paris. Die WOXX sprach mit ihm über das Leben der Studierenden und die Hochschulpolitik.



Foto: Christian Mosar

WOXX: Gab es zu Beginn des Studiums Schwierigkeit zu überwinden?

Adrien Thomas: Ich hatte das Glück, ein Zimmer in der "Cité Universitaire" zu bekommen, und hatte damit ein relativ "protegiertes" Umfeld. Ich hatte eigentlich keine größeren Schwierigkeiten, aber man braucht Neugier und Offenheit, und eine gewisse Anpassungszeit um sich in einer fremden Stadt einzuleben und Leute kennenzulernen. Im schulischen Bereich sind die Unterschiede gegenüber dem "Lycée" leider nicht so groß - selbständiges und autonomes Lernen werden nicht besonders gefördert. Auch das administrative Hickhack und Probleme wie Professorenmangel sind manchmal schon nervenaufreibend. **Wie sieht ein Tag im Leben eines Studenten aus?** Der Tagesablauf hängt stark von der Fächerwahl ab. Es gibt Studiengänge, die mehr eigene Arbeit zu-

hause und in Bibliotheken voraussetzen und andere, die eine größere Präsenz an der Uni verlangen. Man hat aber viel Freiraum und kann bei alltäglichen Dingen wie Essen und Ausgehen selber entscheiden, was man wann unternimmt. Auch in der Freizeit lernt man ja... fürs Leben. Da sind Unistädte mit einem breiten kulturellen und sozialen Leben von Vorteil.

Sie waren in Luxemburg politisch engagiert. Wie ist das jetzt ?

In Luxemburg habe ich mich am Aufbau von "déi Lénk" beteiligt. Ich habe in dieser Organisation eine Möglichkeit gesehen, auf eine andere Art Politik zu machen - zum Teil sehe ich das immer noch so. Ich versuche, den Kontakt zum politischen Geschehen in Luxemburg nicht zu verlieren. Doch sollte man sich dort politisch engagieren, wo man gerade lebt. Deshalb bin ich aktiv in einer französischen Kampagne für das Wahlrecht von Nicht-EU-Ausländern und in "Comités d'action" gegen Neoliberalismus und Globalisierung.

Welche Probleme haben die Luxemburger Studierenden?

Es sind nicht diejenigen Luxemburger, die studieren, die die größten Probleme haben. Das Problem ist eher, dass viele nicht studieren können, weil sie es sich nicht leisten können, ins Ausland zu gehen. Das sind zum Beispiel Jugendliche aus Immi-

grantenfamilien, aus Arbeiterfamilien, aber auch jene, die die finanzielle Abhängigkeit vom Elternhaus ablehnen. Der Luxemburger Staat müsste unbedingt eine finanzielle Hilfe gewährleisten, die es jedem erlaubt das Studium seiner Wahl zu verfolgen.

Wie denken Sie über den Ausbau des Uni-Standortes Luxemburg?

Der Aufbau einer richtigen Uni in Luxemburg ist absolut notwendig, vor allem weil dies einen anderen Wind in das Banken- und Konsumparadies Luxemburg bringen würde Wichtig ist in dieser Perspektive aber, dass in allen Bereichen Kurse angeboten werden. Zum Beispiel Kurse in Sprach- und Sozialwissenschaften, und nicht nur solche, die der Finanzplatzlobby gerade nützlich erscheinen. Leider geht die Entwicklung in die andere Richtung. Es ist höchste Zeit, dass endlich eine breite öffentliche Debatte darüber stattfindet.

Interview: Raymond Klein

Am Samstag, den 19. November findet um 11 Uhr in Esch auf dem Rathausplatz ein Rundtischgespräch zum Thema "Visionen - eine Universität für den Süden des Landes" statt.

KRANKENKASSEN

Selbstbeteiligung als Prinzip

Die Gewerkschaftsforderung nach Abschaffung oder zumindest Herabsetzung der Selbstbeteiligung der Versicherten im Gesundheitswesen wurde von Patronat und Regierung abgeschmettert. Ist das System der Selbstverwaltung der Krankenkassen gescheitert?

(ergué) –Jedes Jahr Mitte November ereignet sich im größten Plenarsaal des Landes das gleiche Szenario: 210 Patronats- und die gleiche Zahl GewerkschaftsvertreterInnen treffen mit dem Präsidenten der "Union des Caisse de Maladie" (UCM), Robert Kieffer, im Hémicycle auf Kirchberg zusammen, um das Gesamtbudget der Krankenkassen für das kommende Jahr zu beschließen.

So war es auch am vergangenen Mittwoch. Ein Gesetz aus dem Jahre 1992 schreibt den Versammelten vor, ein "ausgeglichenes" Budget zu verabschieden. Letztes Jahr stand dieses Prinzip auf der Kippe: Für die Folgejahre waren chronische Defizite in Milliardenhöhe vorausgesagt worden, weshalb auf Wunsch des Ministers für Soziale Sicherheit drei Beschlüsse gefasst wurden: Die Beitragssätze wurden erhöht und gleichzeitig den Versicherten höhere Eigenbeteiligungen aufgezwingen, im Gegenzug erklärte sich der Staat bereit, rund eine Milliarde LUF mehr für die Krankenkassen aufzubringen. Mussten sich voriges Jahr zum Beispiel die PatientInnen pro Tag Klinikaufenthalt mit 225 LUF beteiligen, so

wurden ihnen ab dem Januar 2000 375 LUF dafür abverlangt. Die Steigerungen mögen auf den ersten Blick als bescheiden gelten, doch haben sie einen sozialpolitisch fragwürdigen Nachgeschmack: GeringverdienerInnen spüren sie weitaus stärker als Besserbetuchte. Der oftmals angeführte pädagogische Effekt scheint ebenfalls nicht zu greifen.

Insgesamt konnten die Krankenkassen schätzungsweise 300 Millionen LUF durch die erhöhten Selbstbeteiligungen einsparen. Dass nur ein Jahr später plötzlich mit 650 Millionen Boni gerechnet wird und im nächsten Jahr sogar 1,3 Milliarden Überschuss entstehen sollen, hat also weniger mit diesen Eigenbeteiligungen zu tun, als mit der Erhöhung der Beiträge und den größeren Zuwendungen des Staates. Bei letzteren handelt es sich freilich nicht einfach um ein Geschenk, denn in der Vergangenheit wurden den Krankenkassen auch zusätzliche Kosten aufgelast, wie etwa die Übernahme der Finanzierung der neuropsychiatrischen Klinik in Ettelbruck durch die UCM, die allein jedes Jahr 500 Millionen Kosten verursacht.

Am Mittwoch forderten die Gewerkschaften aus dem Privatsektor eine Aufhebung der Beschlüsse hinsichtlich der Selbstbeteiligung. Im letzten Jahr waren sie bei deren Festsetzung mit 210 zu 211 Stimmen unterlegen, in diesem Jahre hatten sie zwar das Argument eines nicht existenten Defizits auf ihrer Seite, doch wurden diesmal

nur 182 Stimmen für ihre Belange verbucht: Die Staatsbeamten-gewerkschaft CGFP enthielt sich der Stimme, "hoffentlich nicht aus nachträglicher Dankbarkeit an die DP für ein gutes Gehälterabkommen" - wie OGB-L-Präsident John Castagnaro betonte.

Aber es hätte ohnehin nicht gereicht: die Arbeitgeber verfügen zusammen mit dem Präsidenten über eine Stimme Mehrheit, so dass die Versicherten-VertreterInnen dach Nachsehen haben.

Die sogenannte Selbstverwaltung der Krankenkassen reduziert sich demnach auf die Entschlussfreudigkeit des Präsidenten, der vom Sozialminister mandatiert ist. Der gesundheitspolitische Sprecher der LSAP, Mars di Bartolomeo, hatte im Parlament vergeblich an die Adresse der Regierung appelliert, ebenfalls für eine Aufhebung der Selbstbeteiligung zu stimmen. Das 92er Selbstverwaltungsmodell - ein Kind der CSV-LSAP Koalition - scheint definitiv Schiffbruch zu erleiden. Die Gewerkschaften wollen jedenfalls in ungewohnter Einigkeit eine Änderung der Beschlüsse auf anderem Wege herbeiführen. Nach den wenig fruchtbaren Tripartite-Arbeiten in Bezug auf die Arbeitszeitregelung droht auch im Gesundheitsbereich der soziale Frieden nachhaltig gestört zu werden.